

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1765

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1765](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1765)

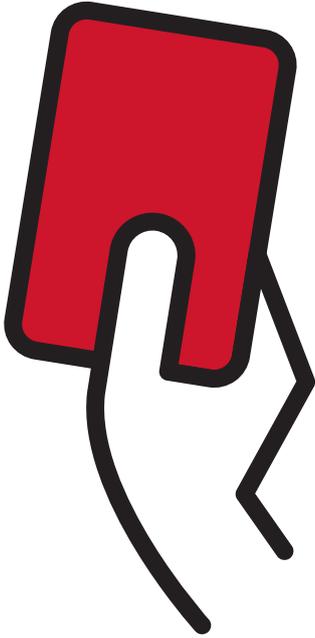


### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



# **KORREKTUR-INITIATIVE**

Gegen Waffenexporte  
in Bürgerkriegsländer

## **MEDIENMAPPE**

Medienkonferenz vom 11. Dezember 2018, 13 Uhr  
Sitzungszimmer Adrianos, Theaterplatz 2, Bern

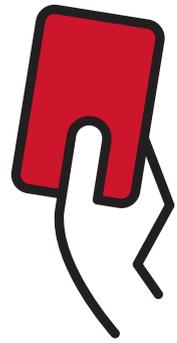
**Allianz** gegen Waffenexporte  
in Bürgerkriegsländer

[info@korrektur-initiative.ch](mailto:info@korrektur-initiative.ch)

[www.korrektur-initiative.ch](http://www.korrektur-initiative.ch)

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch

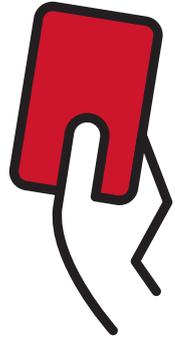


## Inhaltsverzeichnis

Medienmitteilung und Kontakte	3
Beiträge Medienkonferenz	5
Was wollen wir?	16
Unsere Hauptargumente	17
Unterstützende Organisationen	19
Initiativtext	21

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



## Medienmitteilung:

### „Korrektur-Initiative“ gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer lanciert

**Heute Mittag wurde die Korrektur-Initiative lanciert. Eine breite Allianz möchte, dass Parlament und Bevölkerung über Regelungen zu Kriegsmaterialexporten mitbestimmen können. So sollen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer und in Länder, die systematisch und schwerwiegend Menschenrechte verletzen, ein für alle Mal verhindert werden.**

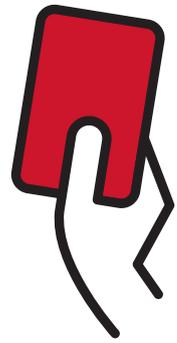
Das Co-Präsidium der Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer - *Johannes Bardill, Beat Flach, Therese Frösch, Martin Landolt, Lisa Mazzone, Lewin Lempert, Priska Seiler Graf, Anne Seydoux-Christe, Marianne Streiff-Feller und Thomas Wallimann* - gab heute Mittag die Lancierung der „Korrektur-Initiative“ bekannt. Fast 50'000 Leute waren im September dem Aufruf der Allianz gefolgt und hatten vier Unterschriften zugesichert. Das damals angekündigte Initiativprojekt soll nun realisiert werden.

Letzte Woche wies der Ständerat die BDP-Motion zu mehr Mitsprache bei Kriegsmaterialexporten an die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK) zurück. Damit wird der Entscheid aufgeschoben. Grundsätzlich ist die Allianz aber erfreut, dass der Ständerat die Motion nochmals diskutieren will. Die Lancierung der Korrektur-Initiative soll darum auch sicherstellen, dass die Kommission sich der Tragweite ihres Beschlusses bewusst ist. Falls der Ständerat der Motion schlussendlich doch zustimmt, ist ein Rückzug der Initiative möglich.

Die Lancierung der Korrektur-Initiative stellt sicher, dass die humanitäre Tradition der Schweiz verteidigt und die demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung sichergestellt wird. Wie wichtig diese Mitbestimmung ist, zeigte sich in den letzten Monaten, als der Bundesrat seinen Entscheid, künftig Kriegsmaterialexporte in Bürgerkriegsländer zu erlauben, unter dem Druck der Bevölkerung rückgängig machen musste.

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



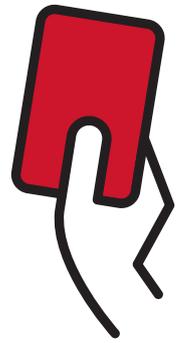
Das Ziel der „Korrektur-Initiative“ ist es, die Hintertüre für Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu schliessen. Bleiben die Bestimmungen auf der Verordnungsebene festgeschrieben, kann der Bundesrat jederzeit eine erneute Lockerung gewähren. Waffenexporte in Bürgerkriegsländer und in Länder, die systematisch und schwerwiegend Menschenrechte verletzen, sollen nun aber ein für alle Mal verhindern werden. Die Entscheidung, ob die Schweiz mit Waffenexporten kriegerische Auseinandersetzungen in aller Welt mit unterstützen soll, darf nicht weiter vom Bundesrat allein getroffen werden, sondern geht uns alle etwas an.

## Kontakte

- **Johannes Bardill** reformierter Pfarrer: 079 830 89 83
- **Beat Flach** Nationalrat glp: 079 402 91 12
- **Therese Frösch** Präsidentin Helvetas:
- **Martin Landolt** Nationalrat und Präsident BDP: 079 620 08 51
- **Lewin Lempert** Politischer Sekretär GSoA: 077 459 93 00
- **Lisa Mazzone** Nationalrätin und Vize-Präsidentin Grüne: 077 404 16 08
- **Priska Seiler-Graf** Nationalrätin SP: 076 571 06 48
- **Anne Seydoux-Christe** Ständerätin CVP: 079 296 65 92
- **Marianne Streiff-Feller**, Nationalrätin EVP: 079 664 74 57
- **Thomas Wallimann-Sasaki** Präsident Justitia et Pax: 079 848 99 65

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



## Beiträge Medienkonferenz

*Es gilt das gesprochene Wort.*

### **Keine Waffenexporte in Länder, die Menschenrechte verletzen**

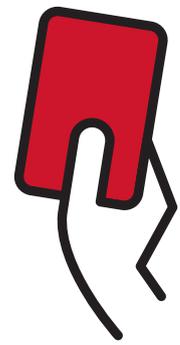
**Beat Flach, Nationalrat glp**

Gestern konnten wir 70 Jahre Menschenrechte feiern. Zum siebzigsten Mal jährte sich am 10. Dezember der Internationale Tag der Menschenrechte zum Gedenken an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die am 10.12.1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in Paris verabschiedet wurde. Auch die Schweiz hat sich der Einhaltung dieses Übereinkommens im Jahre 2002 verpflichtet und die Schweiz hat sich auch immer wieder für die Einhaltung der Menschenrechte stark gemacht. Auch galt für Schweizer Waffenexporte bis zum 1. November 2014, dass Waffen nicht in Länder geliefert werden dürfen, die die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen. Seit dem 1. November 2014 muss die Menschenrechtssituation nur noch «berücksichtigt» werden. Es können seitdem Bewilligungen erteilt werden, wenn lediglich ein geringes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial zur Begehung von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen eingesetzt wird. Diese Lockerung der Exportvorschriften ist in den Augen vieler Schweizerinnen und Schweizer unvereinbar mit der humanitären Tradition und dem Einstehen für die Menschenrechte der Schweiz. Auch zahlreiche Ereignisse des letzten Jahre; zuletzt natürlich der Fall Kashogi bewegen die Menschen und die Zeit ist reif, die Lockerung rückgängig zu machen. Es darf nicht sein, dass Schweizer Waffentechnologie dazu missbraucht wird, zu foltern und zu morden. Darum fordert die Initiative die Rückkehr zum Status Quo: Keine Waffenlieferungen an Länder, die die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen.

***«Im Abstimmungskampf zur Kriegsmaterial-Initiative 2009 hatte der Bundesrat dem Schweizervolk versprochen, die Ausfuhrkriterien nicht zu lockern. Dieses Versprechen will der Bundesrat nun brechen. Darum braucht es, falls der Bundesrat oder das Parlament den Entscheid nicht rückgängig machen, die Korrektur-Initiative.»***

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



## Fluchtursachen bekämpfen

### Therese Frösch, présidente d'Helvetas

Nie seit dem zweiten Weltkrieg waren weltweit so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Aktuell sind es gemäss dem UNHCR gegen 70 Millionen. Frauen, Männer und Kinder fliehen vor Kriegen wie in Syrien und endlosen Gewaltkonflikten vielerorts in Asien und Afrika.

Zurecht fordern alle – von links bis rechts – die Bekämpfung der Fluchtursachen: Gewalt, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen. Die Schweiz kann dazu beitragen, dass die Spirale der Gewalt durchbrochen wird und die politischen Bedingungen ein Leben im eigenen Land erlauben – mit einer verstärkten Friedens- und Menschenrechtspolitik, mit «guten Diensten» für Verhandlungen zwischen Konfliktparteien, mit einer Aussenpolitik, die das Einhalten des humanitären Völkerrechts und einer «guten Regierungsführung» (Good Governance) einfordert, speziell gegenüber autokratischen Machthabern.

Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zuzulassen, würde einer solchen Politik diametral entgegenstehen und auch Art. 54.2 der Bundesverfassung widersprechen. Schweizer Kriegsmaterial darf niemals in Gewaltkonflikten zur Anwendung kommen. Eine erneute Lockerung der Bewilligungskriterien – 2014 hatte das Parlament dem Waffenexport in Länder, die Menschenrechte schwerwiegend und systemisch verletzen, zugestimmt – hätte letztlich zur Folge, dass mehr Menschen zur Flucht gezwungen würden.

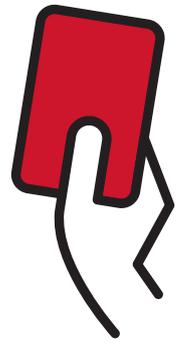
#### Bundesverfassung Artikel 54.2

«Der Bund setzt sich ein für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und für ihre Wohlfahrt; er trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.»

**« Eine erneute Lockerung der Bewilligungskriterien [...] hätte letztlich zur Folge, dass mehr Menschen zur Flucht gezwungen würden. »**

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



## Fehlende Kontrolle

**Priska Seiler Graf, SP-Nationalrätin**

Im Bericht der eidgenössischen Finanzkontrolle von Anfang September steht es ungewohnt deutlich und schwarz auf weiss: Die Kontrollen von Kriegsmaterialexporten heute sind viel zu lückenhaft. So wurden bei zahlreichen Nachkontrollen in Empfängerländern nur ein Bruchteil des Kriegsmaterials vor Ort gefunden. Zum Beispiel in Brasilien: von 26 gelieferten Piranha-Panzer konnten nur 11 aufgefunden und verifiziert werden.

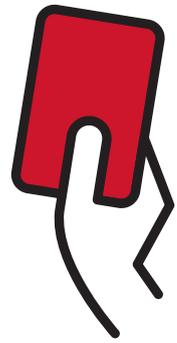
Zudem gibt es bereits heute leider genug Beispiele, die belegen, dass Schweizer Kriegsmaterial weitergegeben oder verkauft wird, sogar auch wenn die sogenannte «Nichtwiederausfuhrerklärung» unterzeichnet wurde - zum Beispiel Ruag- Handgranaten beim IS in Syrien oder Mowag-Radschützenpanzer bei der Terrormiliz Boko Haram.

Unproblematische und «sichere» Kriegsmaterialausfuhren gibt es also nicht. Auch heute mit der jetzigen Gesetzgebung gelingt es bereits nicht zu verhindern, dass Schweizer Kriegsmaterial in internen Konflikten eingesetzt wird. Wie soll das denn bitte funktionieren, wenn nun Kriegsmaterial direkt in Krisenregionen exportiert werden darf? Dafür gibt es nur eine vernünftige Antwort: Es darf unter keinen Umständen Kriegsmaterial in Bürgerkriegsländer geliefert werden!

***"Niemand kann garantieren, dass Schweizer Kriegsmaterial nicht in bewaffneten Konflikten eingesetzt wird. Darum sage ich klar Nein zu dieser Aufweichung der Kriegsmaterialverordnung!"***

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



## Verbreiterung der demokratischen Basis von Waffenexporten

**Martin Landolt, Nationalrat und Präsident BDP**

Ich nehme es vorweg: Einzelne Gesuche von Waffenexporten brauchen keine breiten demokratischen Auseinandersetzungen. - Sie brauchen klare Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen aber brauchen eine breite demokratische Abstützung. Es geht dabei um die Definition von Grundsätzen und Werten, die nicht allein dem Bundesrat überlassen werden darf und auch nicht von der jeweiligen personellen Zusammensetzung des Bundesrats abhängen soll.

Die Grundsätze zu Waffenexporten sind deshalb so wichtig, weil sie unser Land international positionieren und den Wertekompass einer humanitären Schweiz definieren. Und zu derart wichtigen Fragestellungen braucht es in einer direkten Demokratie den Dialog mit den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern.

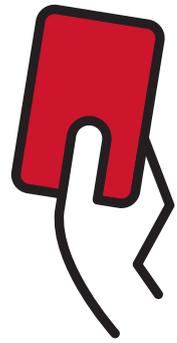
Um diesen Dialog sicherzustellen, sind im Wesentlichen zwei Möglichkeiten denkbar: Eine Variante ist die Motion der BDP-Fraktion zur Verbreiterung der demokratischen Basis von Waffenexporten. Mit dieser Variante würden die Grundsätze von Waffenexporten ins Gesetz geschrieben. Die Verantwortung dafür läge beim Parlament, also den gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter. Und der Souverän hätte zusätzlich die Möglichkeit des Referendums.

Der Nationalrat hat diese Motion gutgeheissen, der Ständerat hat sie vorerst in seine sicherheitspolitische Kommission zurückgewiesen. Diese wird sich nochmals mit dem Motionstext auseinandersetzen und allfällige Präzisierungen prüfen. Dies ist zu begrüßen, weil damit unter Umständen die Mehrheitsfähigkeit der Motion erhöht werden kann.

Die zweite Variante zur Sicherstellung des Dialogs mit dem Stimmvolk ist diese Korrekturinitiative. Und zwar nicht einfach als Druckmittel auf das Parlament, sondern als sinnvolle und realistische Möglichkeit, Waffenexporten in der Bundesverfassung einen klaren Rahmen zu setzen.

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



Es macht Sinn, jetzt beide möglichen Wege weiterzugehen. Denn es handelt sich um zwei geeignete Optionen mit einer gemeinsamen Zielsetzung, nämlich diejenige einer breiteren demokratischen Abstützung von Waffenexporten.

Und diese ist übrigens in mehrfacher Hinsicht von Vorteil: Politisch, weil mit einem breit abgestützten Wertekompass die Akzeptanz von Waffenexporten verbessert werden kann. Operativ für den Bundesrat und die Verwaltung, weil bei einzelnen Gesuchen auf einen klaren Rahmen abgestützt werden kann und namentlich der Bundesrat damit durchaus auch von einer schweren Last befreit wird. Und, last but not least, ökonomisch für die Rüstungsindustrie, weil klare Spielregeln auch die Planungssicherheit erhöhen.

Eine Verbreiterung der demokratischen Basis von Waffenexporten ist also erstrebenswert. Sie will mehr Klarheit, mehr Verbindlichkeit, mehr Demokratie. Und sie wird und will keine Verlierer generieren.

***„Die Spielregeln rund um Waffenexporte gehören zum Wertekompass unseres Landes. Sie sind deshalb auf eine breitere demokratische Basis zu stellen.“***

## **La tradition humanitaire**

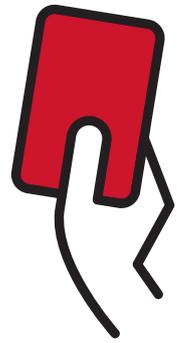
**Lisa Mazzone, Conseillère nationale les Verts**

La tradition humanitaire est au cœur des valeurs suisses. C'est pourquoi les règles concernant les exportations d'armes doivent être strictes, contrôlées et se trouver dans la loi, pour permettre le débat populaire et éviter de graves dérives décidées à huis clos. En 2009, en plein débat sur l'initiative contre les exportations d'armes, le Conseil fédéral a promis à la population, dans la brochure de vote, « d'appliquer des critères d'approbation stricts. Par exemple, il est exclu de fournir des armes à des parties en conflit ou des Etats dans lesquels les droits de l'homme sont systématiquement et gravement bafoués. » Des promesses éphémères. Depuis, les allègements se sont succédés.

Des associations comme Amnesty international le dénoncent de longue date : « la situation des droits humains et des libertés fondamentales est catastrophique en Arabie Saoudite ». On

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



en a eu encore récemment une confirmation. Répression et tortures y sont courantes et ce pays, à la tête de la coalition arabe au Yémen, y a commis de graves violations du droit international. Pourtant, on continue d'y exporter des armes pour des millions de francs. L'Arabie Saoudite n'est qu'un exemple. En 2014 en effet, la disposition excluant les exportations dans les pays violant systématiquement les droits humains a été allégée. Une modification de l'ordonnance, que nous n'avons pu combattre par référendum.

Avec l'initiative que nous lançons aujourd'hui, nous inscrivons enfin dans la loi un cadre restreint excluant non seulement l'exportation d'armes dans les pays en guerre civile, mais aussi vers ceux qui violent systématiquement les droits humains. On rétablit la promesse faite à la population tout comme la boussole de nos valeurs.

***„Nous ne pouvons pas laisser passer une dérive supplémentaire, laisser le Conseil fédéral franchir cette ligne rouge qui finirait de mettre à bas notre neutralité et notre politique de promotion de la paix.“***

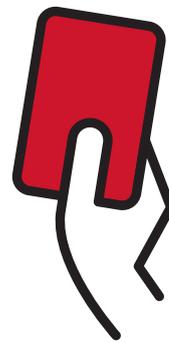
## **Waffenexporte in Bürgerkriegsländer ein für alle Mal verhindern**

**Marianne Streiff, Nationalrätin EVP**

- Der Beschluss des Bundesrates und der Sicherheitspolitischen Kommissionen im August diesen Jahres, künftig Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu erlauben, hat in weiten Teilen der Bevölkerung Fassungslosigkeit ausgelöst.
- Tausende Schweizerinnen und Schweizer waren bestürzt, dass der offiziellen Schweiz die Gewinnmaximierung der eigenen Rüstungsindustrie wichtiger sein soll als ethisches Handeln und unsere humanitäre Tradition.
- Und vor allem: wichtiger als Menschenleben in Kriegsgebieten, die von Zerstörung, Leid und Verzweiflung wahrhaftig bereits genug geschlagen sind.
- Die Schweiz kann nicht mit der einen Hand bewaffneten Konfliktparteien ihre guten Dienste als neutrale und unparteiische Vermittlerin anbieten, während sie mit der anderen Hand

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



Waffen in Bürgerkriegsregionen liefert. Das ist in höchstem Masse unglaublich, moralisch nicht integer, ja geradezu menschenverachtend.

- Der breite Aufschrei hat gezeigt: Die Schweizerinnen und Schweizer wollen sich nicht am Elend der Menschen in Bürgerkriegsländern bereichern. Sie wollen ihre Landessicherheit nicht mit dem Leid und dem Leben der Zivilbevölkerung in Bürgerkriegsregionen erkaufen.
- Wir wollen eine gewisse Garantie, dass solche unethischen Entscheide verhindert werden können.
- Deshalb braucht es jetzt diese Volksinitiative, um Waffenexporte in Bürgerkriegsregionen ein für alle Mal zu unterbinden.

**«Ich bin überzeugt davon, dass die Schweizer Bevölkerung ihren Wohlstand und ihre Landessicherheit nicht auf Kosten des Leids der Zivilbevölkerung in Bürgerkriegsregionen gewährleisten will.»**

## Humanitäre Tradition

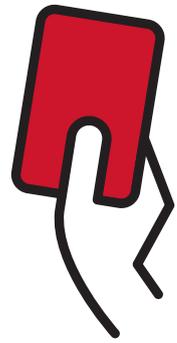
**Thomas Wallimann-Sasaki, Präsident Justitia et Pax Schweiz**

Waffenlieferung in Bürgerkriegsländer machen die Welt nicht friedlicher, nicht sicherer und auch nicht gerechter. Wir sehen dies in erschreckendem Ausmass in den Ländern des Nahen Ostens, in Afghanistan, in Jemen, im Sudan, in Somalia und auch in der Ukraine.

Die Schweiz kennt in ihrer Geschichte das Unheil des Bürgerkriegs nur aus grosser Distanz. Und sie darf stolz sein, dass es damals gelang, mit nur wenig Gewalt das Miteinander auch in Konfliktsituationen zu sichern. In dieser eigenen Erfahrung wurzelt die humanitäre Tradition unseres Landes. Aber auch ihre Wurzeln in der christlichen Tradition lassen es nicht zu, die wirtschaftlichen Interessen der Rüstungsindustrie und der darin Beschäftigten zu Lasten von Menschen, die unter Krieg und Bürgerkrieg leiden, in den Vordergrund zu stellen. Für diesen Interessens- und Wertekonflikt gibt es in einem der reichsten Länder der Erde andere Alternativen, als die Ausfuhr von Kriegsmaterial in Länder mit internen Konflikten.

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



Waffenlieferungen in Konfliktregionen und Bürgerkriegsländer untergraben darum letztlich die Glaubwürdigkeit der Schweiz. Die humanitäre Tradition wird im Innern wie gegen aussen zu einer leeren Worthülse. Dies schadet letztlich allen.

Gerade aus einer christlich motivierten Sozialethik sind wir überzeugt, dass im Zentrum jeder Politik das Wohl wirklich aller Menschen stehen muss. Wir wissen, dass militärische Rüstung Ungerechtigkeiten verschärft und Unglück bringt.

Darum ist die Lieferungen von Kriegsmaterial in Länder mit internen Konflikten ein Handeln gegen das Wohl aller Menschen, gegen die humanitäre Tradition und gegen ein christlich verstandenes Gemeinwohl. Um dies zu sichern braucht es jetzt diese Volksinitiative.

**«Wenn die Schweiz Kriegsmaterial in Krisengebiete verkauft, verkauft sie ihre eigenen christlichen Wertgrundlagen und macht sich zur Mit-Täterin an Verbrechen gegen die Schwächsten aller Menschen.»**

## **Nécessité d'une participation démocratique des citoyens**

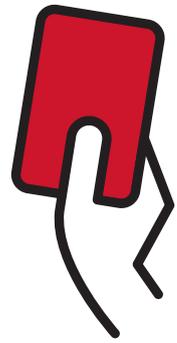
**Anne Seydoux-Christe, CVP-Ständerätin**

Nous avons la chance de vivre dans un petit Etat démocratique, où les citoyennes et les citoyens ont régulièrement l'occasion non seulement d'élire leurs autorités politiques, mais également d'exprimer leurs besoins, leurs préoccupations et leur mécontentement par le biais de deux instruments de la démocratie directe, l'initiative populaire et le référendum. C'est sans doute un facteur de stabilité.

A une époque où l'on peut constater une diminution, voire une perte de confiance dans les autorités politiques, on assiste par ailleurs à une augmentation de l'intérêt et de la volonté des citoyennes et des citoyens d'avoir leur mot à dire, de participer aux processus de décision relatifs à des projets qui les touchent.

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



C'est le rôle du gouvernement et du parlement d'être à l'écoute des voix qui s'expriment dans la société et de préserver un dialogue constructif. L'oublier, c'est s'exposer à l'émergence de mouvements de contestation plus ou moins vive.

Dans ce contexte, les initiatives populaires jouent un rôle fondamental dans la vie de notre Etat, dans la mesure où elles permettent à un certain nombre de citoyens de prendre part au processus législatif en soumettant au peuple des questions qui leur paraissent importantes. Ce faisant, ils exercent une pression et une influence sur les décisions prises par le gouvernement et le parlement.

C'est précisément ce que notre coalition souhaite obtenir par l'intermédiaire de l'Initiative correctrice, suite au renvoi par le Conseil des Etats de la motion « Elargir la base démocratique des exportations d'armes » à la Commission de la politique de sécurité de cette Chambre, et ce malgré le revirement du Conseil fédéral dans ce domaine.

**« Les initiatives populaires jouent un rôle fondamental dans la vie de notre Etat, dans la mesure où elles permettent à un certain nombre de citoyens de prendre part au processus législatif en soumettant au peuple des questions qui leur paraissent importantes. »**

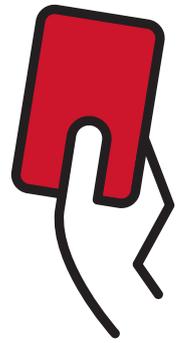
## Weiteres Vorgehen der Allianz

Lewin Lempert, Sekretär GSoA

Gerne stelle ich Ihnen das weitere Vorgehen der Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer vor. Heute Morgen wurde die Initiative im Bundesblatt publiziert, via der Online-Plattform WeCollect haben bis jetzt schon xy Menschen die Initiative unterschrieben. Unser Ziel ist es, die Initiative schnellstmöglich zu sammeln. Für den 15. Dezember haben wir zu einem nationalen Sammeltag aufgerufen. Dabei wird alleine in der Stadt Zürich an über 10 Standorten gleichzeitig gesammelt – aber auch ländliche Regionen kommen nicht zu kurz. Sogar in Pontresina findet ein Sammelanlass statt. Das Fundament dieser Initiative sind immer

## Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



noch nicht Organisationen oder Parteien, sondern die 50'000 Menschen, welche sich schon im Herbst bereit erklärt haben, je 4 Unterschriften zu sammeln.

Wir sind zuversichtlich, dass diese Initiative äusserst schnell zusammenkommt. Vielleicht ja sogar in Rekordzeit, wer weiss. Auf jeden Fall erreichen uns täglich hunderte Mails von Bürgerinnen und Bürgern, welche unbedingt unterschreiben wollen.

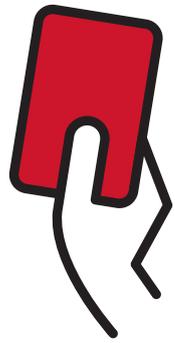
Neben dem Unterschriftensammeln werden wir gleichzeitig die Debatte im Ständerat zur Motion der BDP aufmerksam verfolgen. Sollte ein anderer Weg gefunden werden, unser Anliegen umzusetzen – zum Beispiel indem der Ständerat die Motion der BDP doch noch annimmt – ist ein Festhalten an einer Urnenabstimmung über die Korrektur-Initiative sicherlich nicht die einzige Möglichkeit, die wir haben. In einem solchen Fall müsste sicherlich auch der Rückzug der Initiative diskutiert werden. Hier würde Sie das Co-Präsidium der Allianz aber nochmals genauer informieren.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

***“Es freut mich, dass eine breite Allianz gegen den menschenverachtenden Entscheid des Bundesrates antritt. Ich bin überzeugt, dass die Schweizer Bevölkerung gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer ist.”***

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



## Was wollen wir?

Die „Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer“ stellt folgende Forderungen:

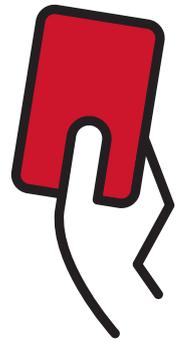
- Die grundsätzlichen Regelungen zu Kriegsmaterialexporten sollen in der Verfassung festgeschrieben werden, damit Parlament und Bevölkerung in Zukunft mitbestimmen können.
- Es sollen keine Waffen mehr in Länder exportiert werden dürfen, welche die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen. Dies entspricht der Kriegsmaterialverordnung von 2014.
- Waffenexporte in Länder, welche in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt sind, sollen ein für alle Mal verhindert werden.

Deshalb lancieren wir eine Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer, kurz: eine Korrektur-Initiative. Fast 50'000 Menschen sind unserem Aufruf gefolgt, bei einer Lancierung vier Unterschriften zu sammeln.

Unsere Allianz ist bereit, die nötigen Unterschriften zu sammeln!

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



## Unsere Hauptargumente

### 1. *Rüstungsexporte gehören unter demokratische Kontrolle*

Momentan entscheidet der Bundesrat in Eigenregie über die Waffenexport-Politik der Schweiz. Ein einzelner personeller Wechsel im Bundesrat kann die Grundsätze der Exportpolitik komplett in eine andere Richtung bewegen. Kriegsmaterial-Exporte sind jedoch zu wichtig, um sie dem Zufall zu überlassen. Mit der Korrektur-Initiative würde die Kontrolle über die Rüstungsexport-Politik nicht mehr auf Verordnungsebene, sondern auf Verfassungs- und Gesetzesebene geregelt. Nur so ist eine Mitsprache von Parlament und Bevölkerung gewährleistet.

### 2. *Die Allianz will keine Verschärfung der Waffenexportpraxis, sondern eine Rückkehr zum Status Quo von 2014*

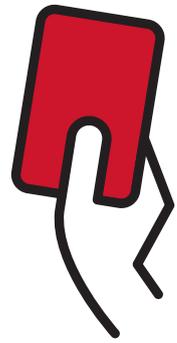
Die „Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer“ will kein totales Waffenexport-Verbot. Sie kämpft vielmehr für den Erhalt roter Linien in der Kriegsmaterialverordnung. Waffenexporte in Länder wie Deutschland, Frankreich oder Kanada werden auch weiterhin möglich sein. Die systematische und schwerwiegende Verletzung von Menschenrechten oder eine Bürgerkriegssituation waren früher Ausschlussgründe, um keine Waffenexporte an ein Land zu bewilligen. Im Abstimmungskampf zur Kriegsmaterial-Initiative 2009 hatte der Bundesrat versprochen, diese Ausfuhrkriterien nicht zu lockern. Dieses Versprechen hat der Bundesrat zuerst 2014 und nun auch 2018 wieder gebrochen. Darum braucht es die Korrektur-Initiative.

### 3. *Der Bundesrat kann die Lockerung schon nächstes Jahr wieder gewähren*

Erst unter dem Druck der Bevölkerung hat der Bundesrat seinen Entscheid, Waffen auch in Bürgerkriegsländer zu exportieren, rückgängig gemacht. Bleiben die Bestimmungen auf der Verordnungsebene festgeschrieben, kann der Bundesrat jederzeit eine erneute Lockerung gewähren. Das einzige Mittel für eine nachhaltig demokratische Regelung ist eine Volksinitiative.

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



## *4. Die Schweiz muss Fluchtursachen bekämpfen*

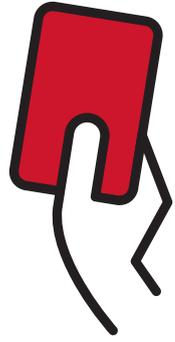
Seit dem Zweiten Weltkrieg waren nie so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Der Grossteil der Menschen flüchtet vor aktuellen Kriegen oder den Folgen vergangener Konflikte. Wenn die Schweiz auch noch Waffen exportiert in Länder, die Menschenrechte verletzen, treibt das immer mehr Menschen in die Flucht. Wir wollen das Gegenteil: Unsere Politik setzt bei der Bekämpfung von Fluchtursachen an.

## *5. Waffen in Krisenregionen gelangen schnell in die Hände von Terroristen*

Wenn in Länder, die Menschenrechte verletzen oder die sich in einer instabilen Situation befinden, Waffen exportiert werden, gelangen diese schnell in die falschen Hände. Die letzten Jahre haben es gezeigt: Auch wenn ein Export in ein heikles Empfängerland vorübergehend erlaubt ist, landen die Waffen schlussendlich häufig in den Händen von Terrorgruppen. So wurden bei einem IS-Attentäter Ruag-Handgranaten gefunden, Boko Haram führt mit einem Schweizer Mowag-Panzer Krieg und Handgranaten und Munition aus der Schweiz sind bei radikalen Rebellen im libyschen wie auch im syrischen Bürgerkrieg aufgetaucht.

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch

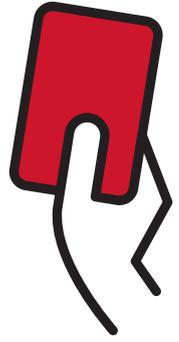


## Unterstützende Organisationen

- ACAT
- AL Zürich
- AL Schaffhausen
- Alliance F
- Amnesty International Schweiz
- Attac
- BDP Schweiz
- Campax
- centrale sanitaire suisse
- cfd
- Demokratische JuristInnen Schweiz
- Evangelische Frauen Schweiz
- EVP
- Frauenkirche Zentralschweiz
- Frauen\* für den Frieden Schweiz
- FriedensFrauen Weltweit
- friedenskraft.ch
- glp Schweiz
- Grüne Schweiz
- grundrechte.ch
- Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)
- HEKS
- Helvetas
- humanrights.ch
- Junge EVP

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

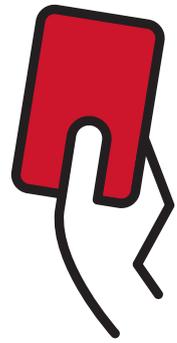
info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



- **Junge Grüne**
- **Junge Grünliberale**
- **JUSO**
- **Justitia et Pax**
- **Kommunistische Jugend Schweiz**
- **Ligue suisse des droits de l'Homme, LSDH**
- **Peace Brigades International Schweiz**
- **Peace Watch Switzerland**
- **pharmaciens sans frontières**
- **POP Vaud**
- **Public Eye**
- **Resos**
- **Schweizerische Flüchtlingshilfe**
- **Schweizerischer Friedensrat**
- **SIT**
- **SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund**
- **SolidaritéS**
- **Solidarité sans frontières, Sosf**
- **Solifonds**
- **SP Frauen**
- **SP Schweiz**
- **Stand Up for Refugees**
- **SWISSAID**
- **StrickWärme**
- **terre des hommes schweiz**
- **Unia**
- **Verein Fair**

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



## Initiativtext

*Bemerkung: Grosse Teile des Initiativtextes entsprechen den Bestimmungen der Kriegsmaterialverordnung (Art. 5).*

### **Eidgenössische Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)**

Die Bundesverfassung<sup>1</sup> wird wie folgt geändert:

#### **Art. 107 Abs. 2–4**

<sup>2</sup> Er [der Bund] erlässt in der Form eines Bundesgesetzes Vorschriften über die Herstellung, die Beschaffung und den Vertrieb sowie über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial.

<sup>3</sup> Auslandsgeschäfte mit Kriegsmaterial sind insbesondere verboten, wenn:

- a. das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist; das Gesetz kann Ausnahmen vorsehen, namentlich für:
  1. demokratische Länder, die über ein Exportkontrollregime verfügen, das mit demjenigen der Schweiz vergleichbar ist,
  2. Länder, die ausschliesslich im Rahmen einer Resolution des Sicherheitsrats der Organisation der Vereinten Nationen in solche Konflikte verwickelt sind;
- b. das Bestimmungsland Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt;
- c. im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird; oder
- d. im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das Kriegsmaterial an einen unerwünschten Endempfänger weitergegeben wird.

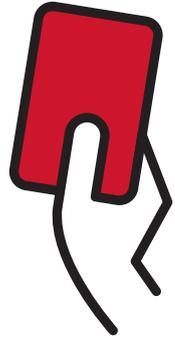
---

<sup>1</sup>

SR 101

# Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

info@korrektur-initiative.ch  
www.korrektur-initiative.ch



<sup>4</sup> Abweichend von Absatz 3 kann das Gesetz Ausnahmen vorsehen für Geräte zur humanitären Entminung sowie für einzelne Hand- und Faustfeuerwaffen mit dazugehöriger Munition, sofern die Waffen ausschliesslich privaten oder sportlichen Zwecken dienen.

**Art. 197 Ziff. 12<sup>2</sup>**

## **12. Übergangsbestimmung zu Art. 107 Abs. 2–4 (Waffen und Kriegsmaterial)**

Treten innerhalb von drei Jahren nach Annahme von Artikel 107 Absätze 2-4 durch Volk und Stände die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen nicht in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg; diese gelten bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen.

---

<sup>2</sup> Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmung wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.